



MPHASIS

Mutual Progress on Homelessness through Advancing and Strengthening
Information Systems

Finanziert von EUROPEAN COMMISSION
Employment, Social Affairs and Equal Opportunities DG

Nationales Positionspapier

Österreich

Autor: Heinz Schoibl, BAWO

Juni 2008



Forschung und Maßnahmen des MPHASIS Projektes werden von der Europäischen Kommission - Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit GD im Rahmen des Beschäftigungs- und sozialen Solidaritätsprogramms PROGRESS (VS/2007/0617 SI2.483181) finanziert.

Hauptauftragnehmer:

**Town and Regional Planning
University of Dundee Nethergate
Dundee, DD1 4HN
Schottland, United Kingdom**

Kontaktdaten:

Bill Edgar: w.m.edgar@dundee.ac.uk

Barbara Illsley: b.m.illsley@dundee.ac.uk

Volker Busch-Geertsema: vbg@giss-ev.de

Matt Harrison: matt.harrison@ris.org.uk

Peter Watson: peter.watson@ris.org

Die Inhalte dieses Berichts spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung oder Position der Europäischen Kommission, Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit





Bundesarbeitsgemeinschaft

Wohnungslosenhilfe

31.5.2008

MPHASIS – short report – Austria

Heinz Schoibl, Juni 2008

Data collection on homelessness in Austria

BAWO – 1120 Wien, Bischoffgasse 26/3/2 – Tel. 0680 – 21 28 503

Mail: office@bawo.at

URL: www.bawo.at

Table of content / Inhaltsverzeichnis

1. Zum Stand der Dinge
2. Daten und Zahlen zur Wohnungslosigkeit in Österreich
 - a. Kurz-Information zur BAWO-Studie aus dem Jahr 1998
3. Ergebnisse aus Mikrozensus und Volkszählung
 - a. Wohnen im Substandard
 - b. Wohnen in überbelegten Wohnungen
4. Daten und Jahresstatistiken durch Ministerien
 - a. Bedroht von Wohnraumverlust durch Delogierung
 - b. Opfer häuslicher Gewalt
 - c. Haftentlassung und Wohnungslosigkeit
 - d. Entlassung aus stationärer Behandlung und Wohnungslosigkeit
 - e. Wohnversorgung von AsylwerberInnen und anerkannten Flüchtlingen
5. Lücken in der Datenlage
 - a. ohne legales Mietverhältnis
 - b. mittelfristig bis dauerhaft in unbetreuten (Billig-)Pensionen ‚wohnhaft‘
 - c. Migration und Wohnungsnot
 - d. akute Wohnungslosigkeit – in Einrichtungen der WLH wohnversorgt
6. Referenzdaten zu Wohnungslosigkeit / Wohnungsnot in Österreich
 - a. Diskussion der Datenqualität auf nationaler Ebene
 - b. Wohnungsnot / Wohnungslosigkeit in Österreich im tabellarischen Überblick
7. Länderberichte / Wohnungslosenerhebung in den Ländern / Landeshauptstädten
 - a. Regionaler Bericht zur Wohnungslosenhilfe in der Bundeshauptstadt Wien
 - b. Kommunale Wohnungslosenerhebung in Salzburg, Linz und Innsbruck
 - c. Anmerkungen zur Methode der regionalen Surveys

8. Monitoring, Dokumentation und Vorsorgen für Qualitätssicherung
 - a. Welche Systeme werden von den Einrichtungen verwendet?
 - b. Wie werden die Daten aufbereitet?
 - c. Stand des Monitorings auf regionaler Ebene
9. Aktuelle Trends und Tendenzen
 - a. Methodisches Setting der aktuellen Studie zur Wohnungslosigkeit in Österreich
 - b. Ansatzpunkte für die Einführung eines laufenden jährlichen Monitorings
10. Literatur und Materialien

1. Zum Stand der Dinge

Österreich ist ein Bundesstaat, in dem den einzelnen Bundesländern weitreichende Kompetenzen im Sozialbereich zukommen. Das gilt auch für die Wohnungslosenhilfe, deren Angebote in den regionalen Sozialhilfegesetzen geregelt werden. D.h.: Der Bundesregierung kommen in Fragen der Wohnungslosigkeit respektive der Wohnungslosenhilfe keinerlei Kompetenzen zu. Erschwerend kommt noch dazu, dass in den vergangenen Jahrzehnten der gesamte Regelungsbereich der Wohn(bau)politik (mit Ausnahme des Mietrechts) in die Regelungskompetenz der Länder übertragen wurde. Selbst die Wohn(bau)forschung ist inzwischen zur Gänze den Ländern übertragen – und findet insgesamt betrachtet eher nur unsystematisch statt. Zusammenfassend ist mithin festzustellen, dass es in Österreich für nahezu den gesamten wohnpolitischen Bereich weder eine bundesstaatliche Kompetenz noch entsprechende Ressourcen für eine flächendeckende Abstimmung von Angeboten und / oder Steuerungsinstrumenten gibt. Aktuell stehen auch keine nationalen Initiativen für wohnpolitisch relevante Maßnahmen in Diskussion¹.

2. Daten und Zahlen zur Wohnungslosigkeit in Österreich

Entsprechend schwierig war es in der Vergangenheit, Erhebungen und Untersuchungen zum Ausmaß der Wohnungslosigkeit respektive zu damit korrespondierenden Detailfragen auf nationaler Ebene zu realisieren. Bisher liegt lediglich eine Studie aus dem Jahr 1998 auf, die diesbezüglich bis dato eine Ausnahme darstellt. Auf Initiative der BAWO, des österreichischen Dachverbandes der Wohnungslosenhilfeträger, konnten damit sowohl Sozial- und Bauten- als auch das Familienministerium als AuftraggeberInnen und Finanziers gewonnen werden.

a. KURZVORSTELLUNG DER BAWO-STUDIE AUS DEM JAHR 1998

Das methodische Setting war vor allem darauf konzentriert, erstmalig einen österreichweiten Überblick über Einrichtungen der WLH in den Bundesländern sowie der Angebotsschwerpunkte der WLH zu schaffen und die Machbarkeit zu überprüfen, ein abgestimmtes Instrumentarium zur Dokumentation der KlientInnen in der Praxis der WLH

¹ Heinz Schoibl, Knappes Gut Wohnen; strukturelle Gewalt im neoliberalen Staat – am Beispiel des Wohnungsmarktes; in: Dimmel / Schmee, 2008

² Heinz Schoibl, statistical update 2006; stat.report in the context of the 'Observatory on Homelessness' / FEANTSA; Salzburg 2007

zu implementieren. Als ergänzende zielgruppenspezifische Schwerpunkte konnten im Rahmen dieser Untersuchung auch Fragen der Binnendifferenzierung der Angebote für Frauen und Männer sowie für Familien mit Kindern erhoben werden.

In diesem Sinne ist es damit gelungen, sowohl einen regional aufgeschlüsselten und zielgruppenspezifisch differenzierten Überblick über die WLH-Einrichtungen zu erstellen als auch eine systematische Erhebung des Ausmaßes der den Einrichtungen der WLH bekannten Wohnungslosigkeit vorzunehmen. Die zentralen Ergebnisse dieser Untersuchung werden im Anhang wiedergegeben.

Insgesamt kann rückblickend festgestellt werden, dass das Ziel der Implementierung einer einrichtungsübergreifend abgestimmten KlientInnen dokumenten nur teilweise realisiert werden konnte. Zwar haben sich die für diese Untersuchung entwickelten Erhebungsblätter für die Dokumentation von KlientInnen der WLH, ib. im stationären Kontext, durchaus bewährt. Allerdings waren zum Zeitpunkt dieser Erhebung bereits in einigen Einrichtungen speziell entwickelte elektronische Programme Instrumente entwickelt, während die überwiegende Mehrheit der Einrichtungen noch nicht dazu in der Lage war, eine edv-gestützte Dokumentation anzuwenden. Anstelle einer flächendeckenden Einführung eines einheitlichen Dokumentationssystems kam es in der Folge lediglich dazu, dass die BAWO von der Stadt Wien beauftragt wurde, auf der Grundlage des erprobten Fragebogens den jährlichen Bericht der stationären Wiener Wohnungslosenhilfe zu erstellen. Inzwischen werden die jährlichen Wiener Wohnungslosenhilfeberichte vom Fonds Soziales Wien ausgeführt.

3. Ergebnisse aus Mikrozensus und Volkszählung

Im Rahmen der bisher vorgenommenen Volkszählungen sowie den Erhebungen im Rahmen des Mikrozensus wurden keine systematischen Daten zum Themenbereich der Wohnungslosigkeit erhoben, u.a. weil in den verwendeten Erhebungsinstrumenten die Frage der Wohnungssicherheit respektive der Wohnungslosigkeit nicht als Kategorie aufgenommen wurde. Allerdings können aus den vorliegenden Auswertungen, ib. der Volkszählung aus dem Jahr 2001, wesentliche Referenzdaten über das armutsrelevante Umfeld von Wohnungslosigkeit entnommen werden.

a. WOHNEN IM SUBSTANDARD

In Österreich gehören etwa 3,3% aller Mietwohnungen zur Kategorie der schlecht ausgestatteten Kategorie C und D Wohnungen – ohne Heizung und / oder ohne Fließwasser / WC / Badezimmer innerhalb der Wohnung (alle zusammen: 109.406 Wohnungen); etwa 2,6% der ÖsterreicherInnen leben in solchen Wohnungen. Österreichweit handelt es sich dabei um 205.195 Personen. (Daten der Volkszählung, 2001; in: ÖSTAT Nachrichten 8 / 04)

b. WOHNEN IN ÜBERBELEGTEN WOHNUNGEN

Überbelag (zwei oder mehr Personen leben in einem Raum) betrifft viele Haushalte in Österreich und kann aus Indiz für versteckte Wohnungslosigkeit interpretiert werden.

Im Jahr 2001 lebten über 88.000 ÖsterreicherInnen im Überbelag, das entspricht einem Anteil von etwa 1% aller ÖsterreicherInnen.

Die folgenden Zahlen der Volkszählung 2001 beziehen sich auf Wohnungen mit einem oder zwei Räumen (inklusive Küche mit einer Größe von 4 m² oder mehr):

Personen pro Wohnung	Wohnungen mit 1 oder 2 Räumen	Räume pro Person	m ² pro Person	Anzahl der Personen
alle 1 oder 2 Raumwohnungen	474.726	1,1	29,6 m ²	- - - -
4 Personen	13.391	0,4	12,4m ²	53.564
5 Personen	4.315	0,4	10,0m ²	21.575
6 Personen	1.332	0,3	8,4m ²	7.992
7 Personen	437	0,2	7,0m ²	3.059
8 Personen	248	0,2	5,6m ²	1.984
Anzahl der ÖsterreicherInnen im Überbelag				88.174

4. Daten und Jahresstatistiken durch Ministerien

a. BEDROHT VON WOHNRAUMVERLUST DURCH DELOGIERUNG

Nachdem es über viele Jahre nicht möglich war, quantitative Evidenz über die gerichtlichen Räumungsverfahren sowie durchgeführte Exekutionen zu erhalten, sorgen nun regelmäßige parlamentarische Anfragen der ‚Grünen‘ für die Bereitstellung entsprechender Daten.

Im Jahr 2006 waren in Österreich insgesamt 42.514 Delogierungs- und Räumungsverfahren bei den Bezirks- und Arbeitsgerichten anhängig; insgesamt 13.460 Räumungen wurden tatsächlich exekutiert. Abzüglich eines geschätzten Anteiles für nicht wohngenutzten Bestand von etwa 10% bedeutet das, dass insgesamt 12.120 Haushalte respektive etwa 24.500 Personen vom Verlust ihres Wohnraumes betroffen waren. Über deren anschließende Wohnversorgung respektive Wohnungslosigkeit gibt es jedoch keine Evidenz.

b. OPFER HÄUSLICHER GEWALT

Seit in Österreich das Wegweisungsgesetz in Kraft getreten ist, kommt es vermehrt dazu, dass die (überwiegend männlichen) TäterInnen die gemeinsame Wohnung verlassen müssen. Frauen und Kindern wird damit die Möglichkeit gegeben, in der Wohnung zu bleiben. In den meisten Fällen ist es damit sichergestellt, dass häusliche Gewalt nicht mehr / minder automatisch zum Wohnungsverlust der Frauen und minderjähriger Familienangehörigen führt. Immer noch aber ist eine nennenswerte Anzahl von weiblichen Opfern von häuslicher Gewalt in dieser Situation auf die Hilfestellung von Frauenhäusern angewiesen – mit z.T. eher eingeschränkten räumlichen Bedingungen (jeweils 1 Zimmer für die Frauen gemeinsam mit den mitziehenden Kindern; Küche und Sanitärräume sind mit anderen Bewohnerinnen gemeinsam zu nutzen).

Die Jahresstatistiken der Exekutive geben zwar einen Überblick darüber, wie oft eine polizeiliche Intervention in den Haushalten stattgefunden hat und wie viele Haushalte davon betroffen waren. Aus diesen Daten geht auch hervor, wie oft es zu einer Wegweisung und anderen polizeilichen respektive gerichtlichen Maßnahmen zum Schutz der Opfer gekommen ist. Fragen der folgenden Wohnungslosigkeit jedoch können aus diesen Datenbeständen nicht beantwortet werden; lediglich die Angaben der österreichischen Frauenhäuser geben dazu Auskunft. Damit bleibt jedoch das Dunkelfeld der verdeckten Wohnungslosigkeit (temporäre Aufnahme der flüchtenden Frauen und

Kinder bei Verwandten / Bekannten etc.) gänzlich ungeklärt.

Angaben zur Größenordnung:

- Im Jahr 2004 wurden von der Polizei insgesamt 17.000 Anlässe häuslicher Gewalt verzeichnet.³
- In den Frauenhäusern in Österreich sind insgesamt 600 Wohnplätze gegeben.
- Im Jahr 2006 wurden insgesamt 3.143 Personen (1.599 Frauen und 1.544 Kinder) für durchschnittlich 51 Tage in einem der 25 Frauenhäuser in den Bundesländern untergebracht und betreut.⁴

c. HAFTENTLASSUNG UND WOHNUNGSLOSIGKEIT

Daten und Fakten zum quantitativen Umfang von Inhaftierung bzw. Haftentlassung finden sich im Sicherheitsbericht des Justizministeriums, ohne dass dabei jedoch auf das Thema Wohnungslosigkeit und/oder problematische Wohnversorgung eingegangen wird.⁵

Praxisberichte weisen aber auf große Probleme für viele Haftentlassene hin, eine erschwingliche Wohnung nach der Entlassung zu finden. Eine lokale Bedarfserhebung zum Thema Armutsgefährdung und Wohnversorgung von KlientInnen der Haftentlassenenhilfe in Salzburg⁶ zeigt, dass etwa 45% der Haftentlassene für die Zeit nach der Entlassung über keine gesicherten Wohnverhältnisse verfügen bzw. auch nicht in der Lage sind, eine reguläre Wohnversorgung aus eigenem Vermögen sicherzustellen.

„Während vor der Haft immerhin noch ca. 62% über eine reguläre Wohnung (in Eigentum oder in Miete) verfügen, sinkt dieser Anteil nach der Haft auf 55% ab. Während vor der Haft etwa 10% der Befragten in provisorischen Unterkünften bzw. Kriseneinrichtungen notversorgt sind, steigt dieser Anteil nach der Haft auf etwa 32% an.“ (Eisl 2001, S. 2)

³ Sicherheitsbericht 2004, Wien 2005

⁴ Statistik der autonomen Frauenhäuser, 2006 (www.a oef.at/material/AOEF_Statistik_2006.pdf)

⁵ Innenministerium, Sicherheitsbericht 2006

⁶ Bernhard Eisl, Armutsgefährdung nach der Haft, Salzburg 2001

Angaben zur Größenordnung des Problemzusammenhangs – Bedarfsschätzung:

- Am 1. 12. 2004 waren in Österreich insgesamt 9.005 Personen in Haft
- Bei einer Hochrechnung mit einem Anteil von 45% ergibt sich somit, dass etwa 4.000 Personen vor der Notwendigkeit standen, in Vorbereitung ihrer Entlassung aus der Haft eine entsprechende und erschwingliche Wohnung zu finden.

d. ENTLASSUNG AUS STATIONÄRER BEHANDLUNG UND WOHNUNGSLOSIGKEIT

Auch für den Bereich der Wohnungsversorgung nach der Entlassung aus stationärer Betreuung (nach Kuraufenthalten, Entwöhnungsbehandlungen, psychiatrischer Betreuung etc.) liegen in Österreich keine verlässlichen Untersuchungen vor. Es ist damit nicht möglich, Angaben zur Wohnsituation dieses Personenkreises zu machen.

Angaben zur Größenordnung dieses Personenkreises:

- 2002: 107.120 Personen wurden nach stationären Krankenhausaufenthalten mit einer psychiatrischen Diagnose entlassen⁷.

Über den Status der Wohnversorgung respektive über Fragen der Wohnungslosigkeit sind leider keine Aussagen möglich.

e. WOHNVERSORGUNG VON ASYLWERBERINNEN UND ANERKANNTEN FLÜCHTLINGEN

Im Jahr 2006 stellten 13.349 Fremde einen Antrag auf Asyl in Österreich. Mit Stichtag 30.12.2005 waren insgesamt 2.087 AsylwerberInnen aus 98 Nicht-EU-Ländern in Flüchtlingslagern oder betreuten Wohnobjekten in den Bundesländern untergebracht und standen in Bundesbetreuung; mit 29.12.2006 waren in diesen Einrichtungen 1.162 Personen untergebracht.

Weitere 735 Personen wurden nach Anerkennung des Asyls in Integrationshäuser aufgenommen und erhielten hier Hilfen in Form von Integrations- und Deutschkursen (Sicherheitsbericht 2006).⁸ Über die Wohnversorgung von anerkannten Flüchtlingen, die in Österreich integriert sind, gibt es keine Daten.

⁷ Psychiatriebericht 2004, zit. nach:
<http://www.bmgfj.gv.at/cms/site/standard.html?channel=CH0782&doc=CMS1098965386003>

⁸ zit. nach: http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2008/PK0093/PK0093.shtml

5. Lücken in der Datenlage

a) OHNE LEGALES MIETVERHÄLTNIS

In Österreich sind aktuell keine verlässlichen Daten über prekäre Wohnverhältnisse jenseits legaler Mietverträge verfügbar. Tatsächlich kann derzeit das Ausmaß dieser besonders problematischen Form der Wohnungsnot noch nicht einmal geschätzt werden.

b) MITTELFRISTIG BIS DAUERHAFT IN UNBETREUTEN (BILLIG-)PENSIONEN

Neben den speziell auf die Unterbringung bzw. Wohnbetreuung von wohnungslosen Menschen ausgerichteten Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe finden viele wohnungslose Menschen, z.T. dauerhaft, in unbetreuten (Billig-)Pensionen – z.T. zu ausgesprochen unwürdigen Konditionen (Mehrbett-Zimmer, eingeschränkte hygienische Standards, keine Kochmöglichkeit, keine Privatsphäre etc.) einen prekären Ersatz für ihre Wohnversorgung. Eine systematische Erhebung dieses Versorgungssegments liegt für Österreich leider nicht vor, so dass es derzeit noch nicht einmal möglich ist, Anzahl und Zusammensetzung der unter solchen Bedingungen lebenden Menschen seriös zu schätzen.

c) MIGRATION UND WOHNUNGSNOT / WOHNUNGSLOSIGKEIT

Bis vor wenigen Jahren wurden aufgrund der restriktiven Zugangsbestimmungen des Fremdenrechts, wonach der Bezug von Sozialhilfe negative Auswirkungen auf die Gewährung eines Aufenthaltstitels hatte, Angebote der sozialen Dienste und / oder der Wohnungslosenhilfe von Personen mit Migrationshintergrund und nicht österreichischer Staatsbürgerschaft nur in Ausnahmefällen in Anspruch genommen. Zumal die durchgängig caritativen Einrichtungen für AusländerInnen jedoch keine entsprechenden Zahlen und Daten über die Wohnversorgung von MigrantInnen bereitstellten, ist es nach wie vor kaum möglich, darüber adäquate Aussagen zu treffen.⁹

d)

⁹ Heinz Schoibl, Migration and Homelessness, FEANTSA-Report, Salzburg 2002

AKUTE WOHNUNGSLOSIGKEIT

Im Rahmen der Arbeiten am FEANTSA-Bericht zum Jahresschwerpunkt Gesundheit (siehe dazu A.&H. Schoibl, Gesundheit – ein Thema für die Wohnungslosenhilfe, 2006) wurden in Form einer Fragebogenerhebung die teilnehmenden WLH-Einrichtungen gebeten, Angaben zu den im Jahr 2005 betreuten wohnungslosen Personen zu übermitteln. Ein großer Teil der kontaktierten Einrichtungen hat sich an dieser Erhebung beteiligt. Damit liegt zwar keine Vollerhebung vor, immerhin aber eine Analyse über einen annähernd repräsentativen Bestand an KlientInnen Daten der WLH in den Bundesländern.

Im Verlauf des Jahres 2005 waren in den WLH-Einrichtungen, die sich an der Erhebung beteiligt haben, insgesamt 20.940 Personen in Betreuung, 60% davon männlich, 40% davon weiblich. Auffällig an den Ergebnissen ist insbesondere, dass gegenüber der BAWO-Studie aus dem Jahr 1998 der Anteil der erfassten wohnungslosen Frauen erheblich angestiegen ist. Offensichtlich werden die Einrichtungen der WLH nun auch vermehrt von weiblichen Hilfesuchenden (von 20% auf nunmehr 40%) kontaktiert.

Weiters liegen damit auch nennenswerte Angaben für wohnungslose Personen mit Migrationshintergrund (32%) vor, die in den früheren Datenbeständen ebenfalls nur sehr fragmentarisch abgebildet werden konnten. Während die Betreuung dieser Personengruppe in der WLH aufgrund der sozialrechtlichen Vorgaben der meisten Bundesländer noch bis vor wenigen Jahren nicht möglich war, entfielen im Jahr 2005 auf Personen mit Migrationshintergrund und Nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft zusammengekommen 32%. Auffällig ist dabei, dass die größte Untergruppe der Drittland-AusländerInnen nicht aus den traditionellen Herkunftsländern Ex-Jugoslawien und Türkei kommt, die nach wie vor den Hauptteil der in Österreich lebenden AusländerInnen stellen. Zweierlei steht mithin zu vermuten:

- dass die (in den vergangenen Jahren sehr restriktiv gehandhabten) asylrechtlichen Rahmenbestimmungen zu einer wesentlichen Verschärfung der Wohnungsnot bis Wohnungslosigkeit von AsylwerberInnen während des Asylverfahren bzw. ab. nach abschlägigem Bescheid des Asylantrags geführt haben bzw. die einschlägigen Angebote der Bundesbetreuung zu ausschließend geführt werden.
- dass die Zugangsbeschränkungen für MigrantInnen mit Daueraufenthalt in Österreich nach wie vor eine repräsentative Inanspruchnahme sozialer Dienstleistungen, z.B. der WLH, nachhaltig verhindern.

Über Straßenobdachlosigkeit jedoch konnte auch mit dieser Studie keine systematische quantitative Aussage getroffen werden, u.a. weil es nur in einigen Städten reguläre nachgehende Angebote wie Streetwork gibt bzw. weil von den bestehenden Angeboten zumeist keine KlientInnenbezogenen Dokumentationen aufgelegt werden.

6. Referenzdaten zur Wohnungslosigkeit / Wohnungsnot in Österreich

Auch wenn wir davon ausgehen, dass jede/r Wohnungslose eine/r zu viel ist, muss doch konstatiert werden, dass akute Wohnungslosigkeit in quantitativer Hinsicht ein relativ kleines Problem darstellt. Nur ein kleiner Teil der Armutsbevölkerung wird tatsächlich wohnungslos, wenngleich leicht festgestellt werden kann, dass Armutsverhältnisse und fehlende soziale Sicherheit häufig auch dazu führen, dass auch die Wohnversorgung gefährdet ist. Tatsächlich gibt es aber in Österreich keine verlässlichen Zahlen, wie viele Menschen akut wohnungslos sind, unter anderem weil es sehr schwierig ist, die Dunkelfelder der verdeckten Wohnungslosigkeit auszuleuchten. Bekannt sind jedoch die Rahmendaten aus dem Kontext der Sozialberichterstattung sowie aus der Armutsforschung, die in der nachfolgenden Tabelle (siehe nächste Seite) zusammengestellt sind.

a) DISKUSSION DER DATENQUALITÄT AUF NATIONALER EBENE

Zusammenfassend lässt sich somit für Österreich die Aussage treffen, dass die verfügbaren Datenbestände insbesondere hinsichtlich der Folgen von Armutsverhältnissen ausgesprochen unzureichend sind. In Hinblick auf so relevante Fragestellung wie die Wohnversorgung nach stationären Aufenthalten, nach exekutierter Delogierung etc. sind tatsächlich keinerlei Unterlagen verfügbar. Zudem zeigen sich systematische Fehlbestände an verfügbaren Daten insbesondere hinsichtlich der Wohnversorgung von MigrantInnen, die es letztlich evident machen, dass auch ein Zusammenspielen der KlientInnendokumentation der WLH-Einrichtungen kein realistisches Abbild des quantitativen Ausmaßes von Wohnungslosigkeit zulässt.

Wesentliche Grundlagen für die Planung bzgl. Art, Kapazität und Standards der regionalen / kommunalen WLH-Einrichtungen und Hilfeangebote sind mithin auf nationaler Ebene nicht gewährleistet.

b) WOHNUNGSNOT/WOHNUNGSLOSIGKEIT IN ÖSTERREICH IM TABELLARISCHEN ÜBERBLICK

Kategorie	bedroht von WL	betroffen von WL	Art der Daten
inadäquater Wohnraum (2001)	205.195		Volkszählung (Stichtag)
Überbelag (2001)	88.174		Volkszählung (Stichtag)
Delogierungsverfahren und exekutierte Räumungen (2006)	85.000	24.500	Jahresstatistik des Justizministeriums; Hochrechnung BAWO
bedroht durch häusliche Gewalt / polizeiliche Intervention in Haushalten (2004) ¹⁰ / in Frauenhäusern aufgenommene Frauen und Kinder (2006)	34.000	3.143	Sicherheitsbericht (Jahresstatistik) / Hochrechnung; Jahresstatistik der autonomen Frauenhäuser
aus Psychiatrie ¹¹ entlassen (2002)	107.000	?	Psychiatriebericht; Jahresstatistik
Haftentlassene ¹² , Wohnversorgung nach der Haft unbekannt (2006)	9.005	3.915	Sicherheitsbericht 06 (Jahresstatistik); Schätzung gemäß Erhebung der Haftentlassenenhilfe
AsylwerberInnen in Bundesbetreuung ¹³ (2006)	13.349	13.349	Sicherheitsbericht 06 (Jahresstatistik)
nach Ablehnung des Asylantrags ohne Aufenthaltstitel in Österreich (2004)	3.600	?	Sicherheitsbericht 04; Jahresstatistik
anerkannte Flüchtlinge in Integrationshäusern (2006)		735	Sicherheitsbericht 06 (Jahresstatistik)
in WLH betreut ¹⁴ (2005)	- -	21.000	Erhebung 06; Jahresstatistik
bei FreundInnen / Bekannten untergebracht (2004)	- -	8.800	Schätzung gemäß Wohnungslosenerhebung in Salzburg
wohnhafte in Barackensiedlung; Vinzi-Dorf (Graz)	- -	50	über analoge Siedlungen liegen keine Daten vor
besetzte Häuser, Caravan-Siedlungen	?	?	keine Daten vorliegend
ohne legales Mietverhältnis / illegale Untermiete	?	?	keine Angaben vorliegend

¹⁰ Im Jahr 2004 wurden von der Polizei insgesamt etwa 17.000 Interventionen wegen häuslicher Gewalt verzeichnet; bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von etwa 2 Personen waren somit etwa 34.000 Personen in ihrem Wohnverhältnis gefährdet.

¹¹ Im Jahr 2002 wurden insgesamt 107.120 Personen mit einem psychiatrischen Hauptbefund aus stationärer Betreuung in psychiatrischen sowie Krankenanstalten entlassen. Wohnversorgung wird in diesem Bericht überhaupt nicht thematisiert. Über die Wohnversorgung nach der Entlassung gibt es dementsprechend auch keinerlei Angaben.

¹² Im Jahr 2005 wurden insgesamt 9.011 Häftlinge aus der Haft entlassen; über deren Wohnversorgung nach der Entlassung gibt der Sicherheitsbericht keine Auskunft. Schätzungsannahme gemäß exemplarischer Erhebung in Salzburg: 45% der Haftentlassenen verfügten im Jahr 2002 über keine geeignete Wohnung für die Zeit nach der Entlassung.

¹³ Laut Sicherheitsbericht 06 wohnten am Stichtag 29.12.2006 insgesamt 1.162 AsylwerberInnen in Auffanglagern für Flüchtlinge

¹⁴ Heinz Schoibl, Kurzbericht zur Wohnungslosigkeit in Österreich, Salzburg 2006

7. Länderberichte / Wohnungslosenerhebungen in den Landeshauptstädten

Zwischenzeitlich hat es jeweils auf Länder- und / oder insbesondere auf der Ebene der Landeshauptstädte einzelne Initiativen zur Erhebung von quantitativen und / oder qualitativen Aspekten der Wohnungslosigkeit gegeben. Auf der Ebene der Länder betrifft das etwa die Vorsorgen, die in der Bundeshauptstadt Wien (welche gleichzeitig ein Bundesland darstellt und mit analogen legislativen Kompetenzen ausgestattet ist) vor etwa zehn Jahren aufgebaut und mittlerweile auf professionellem Niveau realisiert werden.

Weiters ist hier die jährliche Wohnungslosenerhebung in der Stadt Salzburg durch das Forum Wohnungslosenhilfe (lose Arbeitsgemeinschaft der Wohnungslosenhilfeeinrichtungen in Salzburg; regionaler Arbeitskreis der BAWO) zu nennen, die inzwischen bereits eine über 10 jährige Geschichte hat. Nachdem auch in der Landeshauptstadt Linz (Oberösterreich) vereinzelte Erhebungen über die Anzahl der Wohnungslosen (Stichzeitraum: ein Monat) stattgefunden haben, haben inzwischen die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in der Landeshauptstadt Innsbruck (Tirol) nachgezogen und mittlerweile bereits die zweite Folge einer annualen Stichzeiterhebung (Oktober 2006 sowie Oktober 2007) durchgeführt.

a. REGIONALER BERICHT ZUR WOHNUNGSLOSENHILFE IN DER BUNDESHAUPTSTADT WIEN

Zentrale Kennzeichen des regionalen Jahresberichts zur Wiener Wohnungslosenhilfe: Der Schwerpunkt der Erhebung liegt auf den stationären Angeboten (Wohnheime sowie therapeutische Einrichtungen), den Notschlafstellen und NächtigerInnenangeboten sowie dem ambulant betreuten Wohnen in eigenständigen Wohnungen. Erfasst werden ausschließlich jene Einrichtungen, die über den Fonds Soziales Wien in Form von Tagsätzen finanziert werden.

Die Berichte der Wiener Wohnungslosenhilfe beruhen auf der Auswertung und Analyse von Aufnahmebögen (inklusive Anamnese zur sozialen Vorgeschichte der Wohnungslosigkeit) sowie von Entlassungsbögen (wohin, mit welchem Status bzgl. Arbeit, Schulden, Wohnsituation etc.). Damit sind die Grundlagen für einen systematischen Vergleich der Vorher – Nachher – Situation der KlientInnen sowie für eine Evaluation der geleisteten Betreuungsangebote der WLH gegeben.

Insgesamt gesehen, liegt damit eine differenziert aufbereitete Jahresstatistik auf der Grundlage der KlientInnendokumentation der stationären Wohnungslosenhilfe vor, die über die Sozialverwaltung (Tagsätze) finanziert und vom Fonds Soziales Wien verwaltet wird.

Inzwischen hat der FSW ebenfalls begonnen, auf der Grundlage dieser Jahresstatistiken (Wiener Wohnungslosenhilfe) einschlägige Wohnungslosenhilfeplanung und eine gezielte Standardentwicklung voranzutreiben. Jüngste Beispiele dafür sind die Wohnheime für ältere wohnungslose Menschen sowie die Einrichtungen einer flächendeckenden professionellen Delogierungsprävention.

b. KOMMUNALE WOHNUNGSLOSENERHEBUNG IN SALZBURG, LINZ UND INNSBRUCK

Diese Erhebungsreihen fokussieren im Kern auf Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und versuchen – mit mehr / minder großem Erfolg – auch WLH-nahe Beratungseinrichtungen und Soziale Dienste einzubeziehen, um so sicherstellen zu können, dass möglichst weite Bereiche der Dunkelziffer, der Personen in verdeckter Wohnungslosigkeit also, ausgeleuchtet werden können.

c. ANMERKUNGEN ZUR METHODE DER REGIONALEN SURVEYS

For the purpose of an annual follow up survey on homelessness the service providers for the homeless and related / cooperating social services (social workers in the local prison, in hospitals and psychiatric wards etc.) give evidence of those of their clients, who have been in extreme housing stress (living in overcrowded accommodations) or were known as homeless during the period of the month of October.

8. Monitoring, Dokumentation und Vorsorgen für Qualitätssicherung

Entsprechend der aktuellen Situation der WLH und dem weit verbreiteten Rückstand in Bezug auf Standardentwicklung und Professionalisierung erscheint es nicht weiter verwunderlich, dass auch die Aufgaben des Monitorings, der systematischen Dokumentation und einer perspektivisch angelegten Qualitätssicherung bestenfalls in kleineren Segmenten der bestehenden Hilfestrukturen adäquat berücksichtigt werden. In der Regel beschränken sich diese Vorsorgen auf jene Einrichtungen, die bereits über ein hohes Niveau der Standardentwicklung und der Professionalisierung verfügen.

a. WELCHE SYSTEME WERDEN VON DEN EINRICHTUNGEN VERWENDET?

Nachdem der damalige Versuch der BAWO, in den Einrichtungen der WLH aufeinander abgestimmte bzw. zumindest kompatible Dokumentationssysteme zu implementieren, gescheitert war, wurden von den Einrichtungen jeweils unterschiedliche speziell für ihre Bedarfe entwickelte und inzwischen mehrfach verfeinerte und überarbeitete Systeme zur Dokumentation der Fallarbeit erarbeitet.

Diese Systeme sind zumeist so programmiert und ausgestattet, dass es ohne größeren Aufwand möglich ist, zumindest einen Großteil der Falldokumentationen aus den WLH-Einrichtungen in eine einheitliche Datenabfrage einzuspeisen. Die Regel ist wohl, dass die verwendeten Programme deutlich mehr können, als für einfachere Erhebungsdurchgänge benötigt wird. Nur mehr vereinzelte Ausnahmen bedienen sich keiner edv-gestützten Dokumentationssysteme.

Schwieriger ist es hingegen, auch Einrichtungen aus benachbarten Versorgungs- und Dienstleistungsbereichen systematisch zu erfassen, weil in vielen Dokumentationen noch sehr uneinheitlich auf Fragen der Wohnversorgung bzw. damit zusammenhängende Themen eingegangen wird. Das betrifft z.B. Einrichtungen der Schuldnerberatung, der Sachwalterschaft, der extramuralen sozialpsychiatrischen Einrichtungen etc.

b. WIE WERDEN DIE DATEN AUFBEREITET?

Von den WLH-Einrichtungen werden jährliche Berichte erstellt. Die Sichtung der Jahresberichte hat jedoch gezeigt, dass es nur sehr schwer möglich ist, diese als Grundlage für eine einrichtungsübergreifende Auswertung zu verwenden. Abgesehen von den bloßen Kerndaten (Anzahl, Gender, sozioökonomischer Status) sind die Unterschiede zu groß, als dass damit eine weitergehende Analyse möglich wäre.

c. STAND DES MONITORINGS AUF REGIONALER EBENE

Nur in wenigen Bundesländern sind darüberhinaus weitergehende Maßnahmen realisiert, so dass sich – wie im nachstehenden Überblick skizziert – ein ausgesprochen uneinheitliches Szenario ergibt:

- Burgenland: kein systematisch aufbereitetes Wissen über Wohnungslosigkeit; mithin keine Grundlagen für eine wissensgeleitete Entwicklung

- Wien: elaboriertes Doku-System und jährlicher WLH-Bericht; nicht erfasst ist das Dunkelfeld des nicht betreuten Substandards (unbetreute Herbergen und Billigpensionen) sowie der Straßenobdachlosigkeit; Dokumentationsgrundlage ist dabei im Wesentlichen die Frage, ob und inwieweit die Träger der WLH finanzielle Leistungen über den FSW erhalten und in diesem Sinne als Partnereinrichtung gelten. Für nicht vom FSW finanzierte Leistungen der WLH gelten die standardisierten Dokumentationsvorschriften nicht, diese Einrichtungen respektive Leistungen sind in der „Wiener Wohnungslosenhilfe“ nicht erfasst.
- Niederösterreich: Standards für Monitoring und Dokumentation sind im Niederösterreichischen Sozialhilfe-Raumordnungsprogramm verbindlich geregelt; damit ist an zentraler Stelle eine adäquate Planungsgrundlage gewährleistet.
- Steiermark: Dokumentation obliegt den Einrichtungen; entsprechend unzureichend sind die Wissensgrundlagen für eine planmäßige Entwicklung der WLH; bezeichnend für die Haltung der Sozialpolitik und –verwaltung des Landes Steiermark erscheint dabei auch die Tatsache, dass im Rahmen der kürzlich erstellten Strukturanalyse zur Situation der WLH in Graz die weiteren Bezirke ebenso ausgeklammert wurden, wie letztlich auch auf die systematische Erhebung quantitativer Grundlagen der Wohnungslosigkeit verzichtet wurde.
- Kärnten: keine verbindlichen Vorsorgen für Dokumentation und somit keine systematisch aufbereiteten Planungsgrundlagen
- Oberösterreich: differenzierte Standards der Dokumentation; damit sind die Grundlagen und Vorsorgen für wissensgeleitete Planung seit wenigen Jahren auf einem hohen Niveau gewährleistet.
- Salzburg: Die jährliche Erhebung von quantitativen Aspekten der Wohnungslosigkeit wird seit mehr als 10 Jahren ausschließlich in der Regie der WLH-Einrichtungen ausgeführt und beschränkt sich, unter anderem aufgrund der fehlenden Kooperation der Sozialverwaltung des Landes (noch) auf die Wohnungslosigkeit in der Stadt Salzburg; qualitative Aspekte und / oder eine systematische Vertiefung bleiben mangels entsprechender Ressourcen ebenfalls ausgeklammert.
- Tirol: In einzelnen Einrichtungen der WLH ist ein hoher Dokumentationsstandard etabliert, jeweils beschränkt auf den engeren Bereich der einzelnen Einrichtungen; der Versuch, eine einrichtungsübergreifende Erhebung der quantitativen Aspekte von Wohnungslosigkeit im Raum Innsbruck zu etablieren, ist im vergangenen Jahr unter anderem daran gescheitert, dass viele WLH-Einrichtungen wegen der Sorge vor einer missbräuchlichen Verwendung der erhobenen Daten ihre Mitwirkung

verweigert haben. Die vorliegenden Daten zur Wohnungslosigkeit im Raum Innsbruck bilden damit nur einen Teilbereich der Problematik ab. Auf dieser Grundlage ist eine wissensgeleitete Planung nur sehr eingeschränkt möglich.

- Vorarlberg: Im Sommer 07 wurde vom Amt der Vorarlberger Landesregierung in enger Abstimmung mit dem regionalen Dachverband der Vorarlberger WLH (ARGE WLH) eine Studie gestartet, die sowohl quantitative als auch qualitative Aspekte von Wohnungslosigkeit und der Wirkung von Wohnungslosenhilfe systematisch ausleuchten und Grundlagen für eine wissensgeleitete Planung und Entwicklung gewährleisten soll.

9. Aktuelle Trends und Tendenzen

Die im Jahr 2007 vom Bundesministerium für Soziales in Auftrag gegebene Untersuchung des quantitativen Ausmaßes der Wohnungslosigkeit in Österreich ist wesentlich auf KlientInnen von Sozial- und WLH-Einrichtungen fokussiert. Ansatzweise wurde darüberhinaus versucht, auch Soziale Dienste aus dem weiteren Umfeld der sozialen Infrastruktur in die Erhebung mit einzubeziehen. Das ist jedoch nicht durchgängig gelungen.

Die Anlage des Forschungsprojektes sah vor, die zuständigen Verwaltungseinheiten der Bundesländer um ihre Mitwirkung bei der Bereitstellung von statistischen Unterlagen zu ersuchen. Dabei hat sich herausgestellt, dass nur wenige Länder über akkordierte Datensätze zum Umfang der Wohnungslosigkeit verfügen. Vielmehr wurde von einigen Bundesländern die Datenabfrage an die Einrichtungen der WLH weitergeleitet und die gesammelten Ergebnisse in der Folge ohne weitere Aufbereitung an das Projektbüro übermittelt.

Lediglich in den Bundesländern Wien und Oberösterreich beschäftigen sich die Sozialplanungsabteilungen bereits systematisch mit Fragen der Wohnungslosenhilfeplanung. Vor diesem Hintergrund war es ihnen dann ein Leichtes, aufbereitete Datensätze zu übermitteln.

Den Bundesländern Kärnten und Steiermark ist demgegenüber eine systematische Erhebung der wohnungslosen KlientInnen unter Einbeziehung der Einrichtungen der WLH offensichtlich sehr schwer gefallen. So wurde etwa für das Bundesland Steiermark stattdessen auf Jahresberichte einiger bekannter WLH-Einrichtungen sowie auf Ergebnisse einer bereits älteren regionalen Studie über die WLH in der Landeshauptstadt Graz

zugegriffen. Das Bundesland Kärnten hat letztendlich lapidar mitgeteilt, dass die gewünschten Daten nicht bereit gestellt werden können, und gänzlich auf die Mitwirkung an der Studie verzichtet.

Aktuell ist vom bm:sk geplant, die Ergebnisse dieser Erhebung im Rahmen des anstehenden Strategieberichtes zur sozialen Inklusion zu verwenden. Ob und in welcher Form an einer weiteren Verbesserung der Zugänglichkeit von Daten zur Wohnungslosigkeit gearbeitet wird bzw. in welchen Abständen aufbauende Folgeerhebungen durchgeführt werden sollen, ist aktuell noch nicht entschieden.

a. METHODISCHES SETTING DER AKTUELLEN STUDIE DER WOHNUNGSLOSIGKEIT IN ÖSTERREICH

Im Mittelpunkt dieser Erhebung stand die Erarbeitung eines differenzierten Datenrasters, der mit dem Ersuchen an die Sozialabteilungen der Länder übermittelt wurde, spezifische Daten zur Wohnungslosigkeit bzw. Gefährdung aufzubereiten und für die Untersuchung bereit zu stellen. Bei der Gestaltung dieses Datenrasters (jeweils bezogen auf stationäre Einrichtungen, ambulante Beratungs- und Betreuungsvorsorgen, Notschlafstellen sowie Tageszentren, Beratungsstellen zur Prävention von Delogierung, Dienstleistungen aus benachbarten Versorgungsbereichen wie Haftentlassenenhilfe, Schuldenberatung etc.) wurde explizit auf die Kategorien und Erhebungskriterien der ETHOS-Definition von Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe Bezug genommen (Siehe dazu die verwendeten Datenraster im Anhang 5).

Aufgrund der knappen Forschungsressourcen sowie der kurzen Laufzeit der Untersuchung wurde in der Anlage der Erhebung darauf verzichtet, auch die Bereiche der Straßenobdachlosigkeit sowie der verdeckten Wohnungslosigkeit in den Fokus zu nehmen. Tatsächlich hat sich ja auch in der Durchführung der Untersuchung gezeigt, dass es nur unsystematisch gelungen ist, die allgemeinen Beratungsstellen und sozialen Dienste aus benachbarten Versorgungsbereichen systematisch mit in die Erhebung aufzunehmen.

In Ergänzung zum methodischen Schwerpunkt auf quantitative Aspekte der Wohnungslosigkeit wurden auch einzelne qualitative Erhebungsschritte in das Setting der Untersuchung aufgenommen. Explizit wird in Form von einrichtungsübergreifend besetzten Workshops ausgewählten Fragen der aktuellen Entwicklung der WLH nachgegangen. Dabei geht es einmal um kommunale Besonderheiten in der Gestaltung von WLH-Angeboten. Zum anderen werden Grundzüge und Erfahrungen der Regionalisierung von WLH-

Angeboten in ländlichen Regionen herausgearbeitet. Ein Workshop widmet sich weiters der Frage nach Chancen und Grenzen der Standardentwicklung in vereinzelt ‚best practice Modellen‘. Ziel dieser qualitativen Ergänzungen ist es, regionalspezifische Entwicklungen und Besonderheiten herauszuarbeiten, um so den Einfluss der in den einzelnen Bundesländern realisierten administrativen Grundzüge auf die spezifische Gestalt von Wohnungslosigkeit deutlich machen zu können.

b. ANSATZPUNKTE FÜR DIE EINFÜHRUNG EINES LAUFENDEN / JÄHRLICHEN MONITORINGS

Damit sind letztlich auch bereits die zentralen Anliegen und Vorschläge der BAWO skizziert, die im Rahmen der MPHASIS-Konferenz im Oktober 08 angerissen werden sollen:

- Verbesserung der Datenbasis in den Bundesländern
- Einführung von Standards für die laufende Dokumentation durch die WLH-Einrichtungen
- regelmäßige Zusammenführung der Jahresdaten und Aufbereitung für die jährliche Berichtlegung auf Länder- als auch Bundesebene

10. Literatur und Materialien

- AOEF, Jahresbericht der autonomen Frauenhäuser in Österreich, 2006
- BAWO, Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in Österreich, Wien 1998
- Bundesministerium für Inneres, Sicherheitsbericht 2006
- Bundesministerium für Gesundheit, Gesundheitsbericht 2001
- Bundesministerium für Gesundheit, Psychiatriebericht 2001 und 2004
- Bundesministerium für Justiz, Zahlen und Daten zu Räumungsklagen und Exekutionen
- Bundesministerium für Soziales und KonsumentInnenenschutz, Bericht zur sozialen Lage; Armutsbericht, Wien 2006
- Caritas Innsbruck, Wohnungslosenerhebung 10/07; Innsbruck 2008
- Bernhard Eisl, Armutsgefährdung nach der Haft, Salzburg 2001
- Gerhard Eitel / Heinz Schoibl (BAWO Hrsg.), Zur Situation der Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe in Österreich, Wien 1998
- Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg, Wohnungslosenerhebung 10/07, Salzburg 2008
- ÖSTAT, Statistische Nachrichten; Heft 8 / 04; Wien 2004
- Angela und Heinz Schoibl, Gesundheit – ein Thema für die Wohnungslosenhilfe, FEANTSA-Report, Salzburg 2006
- Heinz Schoibl, Migration and Homelessness, FEANTSA-Report, Salzburg 2002
- Angela & Heinz Schoibl, Wohnungslosigkeit in Österreich, Salzburg 2006
- Heinz Schoibl, Homelessness in Austria – statistical update 2006 in the context of the 'Observatory on Homelessness' / FEANTSA; Salzburg 2007
- Heinz Schoibl, Knappes Gut Wohnen; strukturelle Gewalt im neoliberalen Staat – am Beispiel des Wohnungsmarktes; in: Nikolaus Dimmel / Josef Schmee (Hrsg.), Die Gewalt des neoliberalen Staates, Wien 2008
- Heinz Schoibl, Armutsfalle Wohnen; in: Nikolaus Dimmel / Karin Heitzmann / Martin Schenk (Hrsg.): Handbuch Armut in Österreich, Wien 2008



Bundesarbeitsgemeinschaft

Wohnungslosenhilfe

20.6.2008

MPHASIS – short report – Austria

Heinz Schoibl, Juni 2008

Anhänge

- Anhang 1: Target groups and methodological aspects of the annual surveys on homelessness in the city of Salzburg
- Anhang 2: Results of the BAWO-survey 1998
- Anhang 3: Wohnungslosigkeit in Innsbruck 2007
- Anhang 4: Homelessness in Salzburg 2001 – 2007
- Anhang 5: Erhebungsraster zu Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot in Österreich (2008)

Appendix 1: Target Groups and Methodological Aspects of the Annual Surveys on Homelessness in the City of Salzburg

The survey on homelessness in the city of Salzburg is based on a questionnaire with service providers and institutions like supported housing, emergency shelters, counsel services, supported employment, churches and abbeys, boarding houses, social services in hospitals and jail houses as well as facilities in the range of psychosocial / psychiatric services.

The survey is mainly focused on acute homelessness of adult EU-citizens. Inhabitants of longterm accommodations and specific supported housing institutions like therapeutic communities, housing for ex-homeless seniors etc. are not enlisted as homeless. Otherwise services for migrant people are not participating in these surveys because logistic / administrative differences hinder a common definition of homelessness or a transfer of reliable data.

Further specifica: The survey on homelessness in Salzburg is not funded by local or regional authorities and elaborated with the resources of the local service providers.

- The annual follow up survey on homelessness started in November 1994
- Each of these surveys comprehends the period of one month; recently the month of October
- The main instrument is a questionnaire, supported by telephone contact
- Services for migrants are excluded from the survey because the results in the first surveys in 94 up to 96 were insufficient and there was no realistic chance to improve the exchange of data
- In spite of repeated contacts with officials of social security and social benefit at the local and regional level these institutions refuse to participate in any form of delivering or checking data
- These surveys are strictly anonymous but based on sociodemographic data like gender, date of birth, family status, first letter of the last name – so it is possible to eliminate double votes
- In the range of these surveys is only one part of the definition of homelessness according to the proposal of BAWO: acute homelessness (only based on data of the service providers it is impossible to maintain systematic data on inadequate, overcrowded or insane housing as well as imminent homelessness because of insecure tenancy contracts, danger of eviction etc.)
- Analysis and interpretation of the data are edv-based.

Appendix 2: Results of the BAWO-survey 1998

- About 21.000 people were homeless during the year 1998 in Austria and in contact with services for homeless (about 0.3% of the inhabitants of Austria).
 - Approximately 2.000 of these persons were sleeping rough in the streets etc. (0,03% of the inhabitants of Austria).
 - Another 12.000 persons stayed in facilities (such as shelters and / or supported accommodations) for the homeless – about 25% of the clients of shelters and supported accommodations were women.
- The survey gives evidence that there are huge local and regional differences in measures against homelessness concerning standards of supported housing, target group specific services and levels of individual support.
- Especially it is evident that in Austria there are almost no services provided which cover the needs of persons living in rural areas and small towns and villages.

Stationäre Wohnungslosenhilfe in Österreich – im Jahr 1997¹

Die Ergebnisse dieser Untersuchung unterstreichen die häufig kritisierte äußerst einseitige Stadt-Land-Verteilung von WLH-Einrichtungen. Danach ist WLH zu etwa drei Vierteln (76%) auf die Landeshauptstädte konzentriert; in den zumeist ländlichen Bezirken gibt es nur sehr wenige bzw. fehlen WLH-Einrichtungen überhaupt. Ausnahmen von dieser Regel sind Niederösterreich, das mit lediglich 37,5% den niedrigsten Konzentrationsgrad der WLH auf die Landeshauptstadt aufweist. Immerhin aber sind auch in Niederösterreich mehr als die Hälfte der Bezirke ohne WLH im weiten Verständnis. Das Bundesland Vorarlberg weist dagegen eine relativ ausgewogene Verteilung der WLH auf alle Bezirke auf, mit leichter Konzentration auf die Landeshauptstadt Bregenz, in der etwa 43% der Einrichtungen angesiedelt sind.

¹ Als WLH-Einrichtungen wurden in dieser Studie alle Einrichtungen erfasst, die sich mehr / minder schwerpunktmäßig mit der Thematik der Wohnversorgung und/oder Wohnbetreuung ihrer KlientInnen befassen; u.a. wurden dabei auch Mutter-Kind-Heime, Frauenhäuser, Einrichtungen der Haftentlassenenhilfe etc. einbezogen.

Tabelle : Verteilung der WLH auf Bundesländer / Landeshauptstädte / Bezirke

Bundesland	WLH-Einrichtungen		WLH in der Landeshauptstadt		Bezirke mit WLH	Bezirke ohne WLH
	ges.	in %	ges.	in %		
Burgenland	6	2,2	4	66,6	1	7
Kärnten	15	5,5	9	60,0	3	6
Niederösterreich	24	8,8	9	37,5	11	13
Oberösterreich	33	12,1	21	63,6	6	10
Salzburg	42	15,4	40	95,2	2	4
Steiermark	20	7,3	16	80,0	4	12
Tirol	31	11,4	23	74,2	5	3
Vorarlberg	28	10,3	12	42,8	3	0
Wien ²	73	26,8	73	100,0	xxx	xxx
Gesamt	272	100,0	207	76,1	35	55

Besonders krass ist die stadtlastige Verteilung im Bundesland Salzburg; 40 von insgesamt 42 Einrichtungen (95%) finden sich im Gebiet der Landeshauptstadt; lediglich zwei Einrichtungen, ein Frauenhaus und ein Wohnhaus für delogierte Familien, sind in jeweils einem Bezirk außerhalb der Landeshauptstadt angesiedelt; drei Bezirke haben überhaupt kein eigenständiges Angebot für Wohnungslose.

Während lediglich in etwa 40% der Bezirke (ohne Landeshauptstädte) Einrichtungen der WLH angesiedelt sind, müssen die Menschen in mehr als 60% der Bezirke ohne WLH-spezifische Angebote auskommen – und im Bedarfsfall eben in einen anderen Bezirk bzw. überhaupt in die nächste Stadt verziehen.

TAB.: VERSORGUNGSSTAND MIT SCHLAFPLÄTZEN PRO 1.000 EINWOHNERINNEN

	<i>BewohnerInnen</i>	<i>Schlafplätze / Bundesland</i>	<i>Schlafplätze pro 1.000 EinwohnerInnen</i>
Burgenland	277.569	14	0,05
Kärnten	559.404	209	0,37
Niederösterreich	1,545.804	445	0,29
Oberösterreich	1,376.797	712	0,52
Salzburg	515.327	302	0,57
Steiermark	1,183.303	1041	0,88
Tirol	673.504	349	0,52
Vorarlberg	351.095	591	1,68
Wien	1,550.123	3.659	2,36
Gesamt	8,032.926	7.328	0,91

Die Bundesländer Wien (Spitzenwert von mehr als zwei Schlafplätzen pro 1.000 EinwohnerInnen) und Vorarlberg liegen im Versorgungsranking in Österreich voran. Schlusslichter in dieser Wertung sind die Bundesländer Burgenland, Niederösterreich und Kärnten.

² In Wien konnte leider nicht nach Stadtteilen untergliedert werden.

BAWO survey on services for homeless persons

The survey gave evidence that in Austria the situation of services for the homeless differ between the nine counties in many respects.

In some counties like Vienna, Salzburg, Tyrol and Vorarlberg there are chain like structures of services in force. Centres for counselling and prevention of eviction – emergency shelters and day care institutions – supported housing and provisions for re-habitation.

In the counties Styria, Upper Austria and Nether Austria emergency services still have an overweight and provisions headed on resettlement are less elaborated. In the counties Carinthia and Burgenland there are only very few services for homeless persons provided – especially emergency services like shelters and asylums.

In some counties (like Tyrol, Styria, Vorarlberg, Carinthia) some old fashioned asylums are still working and can be characterized by low standards and very low provisions of individual support.

Beside the professional emergency services in most regions of Austria some cheap boarding houses and private hostels are accessible for homeless persons and regularly used for temporary shelter.

Appendix 3: Wohnungslosigkeit in Innsbruck (2006)

In October 2006 the homeless services in Innsbruck (the capital of the county Tyrol; 113.392 inhabitants) have undertaken a survey on homelessness – analogue to the surveys in Salzburg there were counted persons who are in contact with the services and in this way known as homeless. Measurement of hidden homelessness is not in the range of this method.

618 HOMELESS IN THE CITY OF INNSBRUCK IN 10/2006

- 456 adult homeless with Austrian nationality; 19% of them are women
- 34 juvenile homeless; 44% are young women
- 70 adult homeless from other EU-countries; 17% are women
- 58 adult homeless from other countries; 21% are women

Homelessness in Innsbruck

The city of Innsbruck has 113.392 residents, so the 618 homeless persons make up approx. 0.55% of the total population.

In the following table there is some important additional information about homelessness in the city of Innsbruck, concerning the housing / homeless status and in some respect the living conditions of the clients of the services which took part in this survey – especially it shows where these homeless people live or stay overnight.

DISTRIBUTION OF THE HOUSING STATUS OF HOMELESS PERSONS IN INNSBRUCK

<i>housing situation</i>	<i>total</i>	<i>in %</i>	<i>men</i>	<i>in %</i>	<i>women</i>	<i>in %</i>
at friends etc.	146	24%	115	23%	31	26%
supported housing in shared or single apartments	111	18%	68	13%	43	37%
emergency shelter	200	32%	179	35%	21	18%
boarding houses etc.	14	2%	13	3%	1	1%
sleeping rough	121	29%	101	20%	20	17%
imprisoned	52	8%	51	10%	1	1%
stationary treatment in hospitals	64	10%	41	8%	23	20%
at abbeys etc.	17	3%	15	3%	2	2%
total	618		511		117	

The distribution of the housing situation of homeless persons, as known by homeless services, differs in many aspects from the situation in the city of Salzburg. First of all there is a large amount of homeless persons sleeping rough – almost 30% of the homeless persons. Another important difference is the fact that in the city of Innsbruck almost 30% of the homeless are accommodated temporarily in emergency shelters.

On the other hand hidden homelessness and temporary accommodation in boarding houses are at a much lower level than in the city of Salzburg.

It is evident that standards and state of development of the homeless services in the cities of Innsbruck and Salzburg are different. Beside that the authors of the survey in Innsbruck note that some of the homeless services did not attend the survey. Probably some differences between Innsbruck and Salzburg might be explained by that fact.

Appendix 4: Homelessness in the city of Salzburg (2007)

As every year since 1994 in October 2007 the service providers for the homeless in Salzburg undertook a survey on homelessness (Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg 2008), focusing on homeless persons which have been in contact with the services for Homeless in the city of Salzburg. Because there are no services for persons in housing stress and / or homelessness in the rural parts of the county of Salzburg it is not possible to provide adequate data about homelessness outside of the city.

553 HOMELESS IN THE CITY OF SALZBURG IN 10/2001

- o **519 adult homeless**, 19% of them are women
- o **34 juvenile homeless** (less than 18 years), 38% of them are women.

536 HOMELESS IN THE CITY OF SALZBURG IN 10/2002

- o **512 adult homeless**, 20% of them are women
- o **24 juvenile homeless** (less than 18 years), 58% of them are women.

628 HOMELESS IN THE CITY OF SALZBURG IN 10/2003

- o **467 adult homeless**, 18% of them are women
- o **23 juvenile homeless** (younger than 18 years), 48% of them are women
- o **33 homeless citizens of other EU countries**, 18% of them are women
- o **42 homeless migrants** (from Turkey, Ex-Yugoslavia etc.); 52% of them are women
- o **24 homeless refugees**, 12% of them are women
- o 39 persons were living in overcrowded accommodations, 56% of them are female.

605 HOMELESS IN THE CITY OF SALZBURG IN 10/2004

- o **467 adult homeless** with Austrian nationality; 20% of them are women
- o **36 juvenile homeless**; 48% are young women
- o **26 adult homeless from other EU-countries**; 15% are women
- o **50 adult homeless from other countries**; 63% are women
- o **12 homeless asylum seekers**; 8% female
- o 14 persons were living in overcrowded accommodations, 20% of them are female.

698 HOMELESS IN THE CITY OF SALZBURG IN 10/2005

- **549 adult homeless** with Austrian nationality; 25% of them are women
- **60 juvenile homeless**; 45% are young women
- **24 adult homeless from other EU-countries**; 20% are women
- **48 adult homeless from other countries**; 54% are women
- **17 homeless asylum seekers**; 0% female
- 28 persons were living in overcrowded accommodations, 20% of them were women

727 HOMELESS IN THE CITY OF SALZBURG IN 10/2006

- **531 adult homeless** with Austrian nationality; 20% of them are women
- **48 juvenile homeless**; 48% are young women
- **35 adult homeless from other EU-countries**; 15% are women
- **80 adult homeless from other countries**; 63% are women
- **33 homeless asylum seekers**; 8% female
- 22 persons were living in overcrowded accommodations, 64% of them were women

762 HOMELESS IN THE CITY OF SALZBURG IN 10/2007

- **534 adult homeless** with Austrian nationality; 31% of them are women
- **45 juvenile homeless**; 44% are young women
- **54 adult homeless from other EU-countries**; 35% are women
- **99 adult homeless from other countries**; 54% are women
- **30 homeless asylum seekers**; 20% female
- 28 persons were living in overcrowded accommodations, 36% of them were women

Homelessness in Salzburg 2007

The city of Salzburg has 150.000 residents, so the 762 homeless persons make up approximately 0.50% of the total population.

In the following table there is some additional information about homelessness in the city of Salzburg, concerning the housing / homeless status and in some respect the living conditions of the clients of the services which took part in this survey – especially it shows where these homeless people live or stay overnight.

Distribution of housing conditions / adult homeless with Austrian citizenship only; n= 531

<i>housing situation</i>	<i>total</i>	<i>in %</i>	<i>men</i>	<i>in %</i>	<i>women</i>	<i>in %</i>
at friends etc.	201	38%	150	38%	51	38%
supported housing in shared or single apartments	84	16%	68	17%	16	12%
emergency shelter	71	13%	52	13%	9	7%
boarding houses etc.	90	17%	75	19%	15	11%
sleeping rough	48	..9%	38	10%	10	1%
imprisoned	18	3%	17	..4%	1	1%
in stationary treatment in hospitals	21	4%	19	5%	2	2%
overcrowded / unfit for habitation	53	10%	27	7%	26	19%
in abbeys etc.	1	0.2%	1	0.3	0	0,0%
total	531	100%	397	75%	134	25%

(In this table homeless people who got support from more than one service during the month of measuring are counted as often as they are evident, so the number of housing conditions is higher than the number of homeless persons)

It is evident that there are many homeless persons in the city of Salzburg living at friends and neighbours (almost 40%). Particularly high is also the share of homeless persons living in (cheap) boarding houses without any form of individual support (17%). Still about 10% of the Homeless in the city of Salzburg are sleeping rough (mainly male). Another high share (10%) of clients of homeless services lives in overcrowded or insufficient housing conditions (unfit for habitation). On the other side only 16% of the homeless persons are accommodated by homeless services and further 13% in emergency shelters.

At all more than half of the Homeless in the city of Salzburg are living under conditions far away of the services for Homeless. This situation has not changed seriously in the last years since the annual surveys in the city of Salzburg have started. But there is a steady progress in the numbers of homelessness. So the survey on homelessness in Salzburg proves that the services for homeless have difficulties to reach homeless persons, especially young adults and women in housing stress or homelessness. Therefore we have to state that the services for the homeless in the city of Salzburg are not able to fight homelessness effectively.

Appendix 5: Erhebungsraster für die aktuelle Studie zu Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot in Österreich (2008)

Exemplarisch werden hier je ein Raster für die stationären Einrichtungen der WLH sowie für die Fachstellen zur Delogierungsprävention vorgestellt.

- 1) Stationäre Einrichtungen der WLH: Jahresstatistik 2006
- 2) Delogierungsprävention: Jahresstatistik 2006

Anmerkung:

Zu jeder Kategorie finden Sie nachfolgend jeweils zwei Bögen – ein Bogen für die Gesamtzahlen der Betreuungsfälle im Jahr 2006 sowie ein Bogen für die Betreuungsfälle, die an einem Stichtag zu Beginn des Dezember 2007 entweder in ihrer Einrichtung wohnbetreut wurden oder in einer laufenden Beratung / Betreuung standen.

Wir ersuchen Sie um so genaue und differenzierte Angabe der Ihnen vorliegenden bzw. der für diesen Zweck erhobenen Daten und erwarten Ihre Antwort bis Mitte Jänner 2008.

Anmerkung zu optionalen Ergänzungen:

Um eine inhaltliche Vertiefung der quantitativen Grundlagen für die gegenständliche Wohnungslosenerhebung zu ermöglichen, wären ergänzende Angaben zum zeitlichen Verlauf der Betreuung von wohnungslosen Menschen von großer Bedeutung. Sofern es Ihnen in Ihrem Rahmen möglich ist, punktuelle Ergänzungen (z.B. in Form von Zeitreihen zur quartalsweisen Statusfeststellung, z.B. 15.11.06 – 15.2.07 – 15.5.07 – 15.8.07) beizubringen, wäre das eine große Hilfe. In diesem Fall ersuchen wir Sie um eine entsprechende Adaptierung der folgenden Rastervorlagen und entsprechende Erläuterungen als Aufbereitungshilfen.

1.a Stationär betreut im Jahr 2006 / Jahresstatistik

Betreuungsfälle im Jahr 2006 / Jahresstatistik		Erläuterungen zur Kategorie
Anzahl aller alleinstehender KlientInnen		
Davon	Frauen	
	Männer	
Anzahl aller erfassten Familien		Wohnungslose Familien, z.B. AlleinerzieherIn mit Kindern
Davon	Frauen	
	Männer	
	Mitziehende Minderjährige	
Altersstruktur	< 18 Jahre	exkl. mitziehende Minderjährige
	19 – 29 J.	
	30 bis 39 J.	
	40 bis 49 J.	
	50 bis 59 J.	
	60 J. und älter	
	Unbekanntes Alter	
Nationalität		
	Österreich und gleichgestellte Personen	
	EU-Ausland	
	Drittstaaten-AusländerInnen	aufrechte Aufenthaltsbewilligung
	Drittstaaten-AusländerInnen	Ohne eigenständige Aufenthaltsbewilligung (z.B. Frauen nach Trennung)
	Drittstaaten-AusländerInnen	Keine Aufenthaltsbewilligung (z.B. nach Ablehnung des Asylantrages)
	AsylwerberInnen	Laufendes Verfahren
Erwerbsstatus / Lebensunterhalt		Relevant sind laufende Einkommen, nicht einmalige Zahlungen; zum Zeitpunkt der Aufnahme in die Betreuung
	Erwerbstätigkeit	
	Arbeitslos, Bezug aus dem ALVG	Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pensionsvorschuss
	Nicht erwerbsfähig, Bezug aus dem ASVG	z.B. Pension, Karenzgeld, Krankengeld etc.
	Sozialhilfe	
	Wohnbeihilfe	
	Unbekannt	
Wohnrechtlicher Status		
	Hauptmiete	
	Untermiete	
	Wohnbetreuungsvertrag	z.B. Kombination von Untermietvertrag mit Betreuungsvereinbarung
	Nutzung ohne mietrechtlichen Vertrag	z.B. Beherbergung
	Kein eigenständiger Mietvertrag	
	Unbekannt	
Status vor der Aufnahme		
	Eigene Wohnung verloren	z.B. durch Delogierung, in Folge

Betreuungsfälle im Jahr 2006 / Jahresstatistik		Erläuterungen zur Kategorie
		einer Scheidung/Trennung
Andere Einrichtung des betreuten Wohnens		
Stationärer Aufenthalt / Psychiatrie		
Haft		
Anderes Bundesland		
unbekannt		
Art der WLH-Einrichtung		
Wohnheime, unbefristete Unterbringung		
Übergangswohnheime, befristete Unterkunft		
Langzeitwohnen, für ältere KlientInnen der WLH		
Betreute Wohngemeinschaften		
Betreuung in Einzelwohnungen, von Träger angemietet, befristete Nutzung		
Wohnbetreuung in Einzelwohnungen; die KlientInnen haben einen eigenständigen Mietvertrag		

2.a Delogierungsprävention, Betreuungsfälle im Jahr 2006 / Jahresstatistik

Betreuungsfälle im Jahr 2006 / Jahresstatistik		Erläuterungen zur Kategorie
Anzahl aller alleinstehenden KlientInnen		
Davon	Frauen	
	Männer	
Anzahl aller erfassten Familien		Wohnungslose Familien, z.B. AlleinerzieherIn mit Kindern
Davon	Frauen	
	Männer	
	Mitziehende Minderjährige	
Altersstruktur	< 18 Jahre	exkl. mitziehende Minderjährige
	19 – 29 J.	
	30 bis 39 J.	
	40 bis 49 J.	
	50 bis 59 J.	
	60 J. und älter	
	Unbekanntes Alter	
Nationalität		
	Österreich und gleichgestellte Personen	
	EU-Ausland	
	Drittstaaten-AusländerInnen	aufrechte Aufenthaltsbewilligung
	Drittstaaten-AusländerInnen	Ohne eigenständige Aufenthaltsbewilligung (z.B. Frauen nach Trennung)
	Drittstaaten-AusländerInnen	Keine Aufenthaltsbewilligung (z.B. nach Ablehnung des Asylantrages)
	AsylwerberInnen	Laufendes Verfahren
	unbekannt	
Erwerbsstatus / Lebensunterhalt		Relevant sind laufende Einkommen, nicht einmalige Zahlungen; zum Zeitpunkt der Aufnahme in die Betreuung
	Erwerbstätigkeit	
	Arbeitslos, Bezug aus dem ALVG	Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pensionsvorschuss
	Nicht erwerbsfähig, Bezug aus dem ASVG	z.B. Pension, Karenzgeld, Krankengeld etc.
	Sozialhilfe	
	Wohnbeihilfe	
	Unbekannt	
Wohnrechtlicher Status		
	Hauptmiete	
	Untermiete	
	Wohnbetreuungsvertrag	z.B. Kombination von Untermietvertrag mit Betreuungsvereinbarung
	Nutzung ohne mietrechtlichen Vertrag	z.B. Beherbergung
	Kein eigenständiger Mietvertrag	
	Unbekannt	

Betreuungsfälle im Jahr 2006 / Jahresstatistik		Erläuterungen zur Kategorie
Status vor der Aufnahme		
Eigene Wohnung verloren		z.B. durch Delogierung, in Folge einer Scheidung/Trennung
Andere Einrichtung des betreuten Wohnens		
Stationärer Aufenthalt / Psychiatrie		
Haft		
Anderes Bundesland		
Unbekannt		
Art der Einrichtung		
Fachstellen für Delogierungsprävention / Wohnungssicherung		
Delo-Prävention in Sozialberatungsstellen der WLH		
Delo-Prävention in Beratungsstellen anderer Träger		z.B. Sozialämter / Gemeindeämter / Wohnungsämter
Ergebnis der Delo-Prävention		
Brieflicher Kontakt hergestellt		
Erstberatung erfolgt		
laufende Beratung / Delo-Prävention im Gange		
Räumungstermin konnte verschoben werden		
Räumung konnte nicht verhindert werden		Suche nach alternativer Wohnversorgung ist eingeleitet
Beratung wurde ohne Ergebnis abgebrochen		
Wohnung konnte gesichert werden		